

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nº 43.

74. Jahrgang.

Leipzig, 24. Januar.

Über die Stellung der Parteien zu der neuen Militärvorlage wird uns aus Berlin vom Freitag geschrieben: "Die Mehrheitsparteien der Reichsregierung für die Bedürfnisse der Armee, wie sie in dem Entwurf des neuen Militärgesetzes aufgestellt sind, haben unter jenen Vordrängen abgeordneten, welche gleichzeitig dem Reichstag angehören, eine nicht weniger als beträchtliche Aufnahme gefunden. Wenn die ersten Einträge auch nicht maßgebend sind für die Beschlüsse, welche später die Druckfassung fassen, so läßt sich doch immerhin der Standpunkt der Parteien zu den etwaigen Kompromißverhandlungen mit der Regierung vorausbestimmen. Eine flüchtige Registrierung der Stimmungen, wie sie sich heute innerhalb der verschiedenen Parteien und gegeben, dürfte deshalb am Platze sein. Ein nicht geringer Theil der Konservativen hält die Vorlage für opportunität, nicht allein, weil der beginnende Aufschwung von Handel und Industrie mit einem Krieg in Sicht" gehämt wird, sondern weil ein Grund vorhanden, weshalb die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und die Errichtung neuer Truppenteile mit so großer Eile betrieben wird. Die Vermehrung der deutschen Armee um 25,000 Mann hätte eben so gut 2 bis 3 Jahre warten können, wenn auch eingerichtet wird, daß in diesen 2 bis 3 Jahren die durch die Cadres gehenden Mannschaften bereits ein Wehr von 50,000 bis 75,000 geschulter Soldaten und mit Ende ihrer zwölfjährigen Dienstzeit eine Armee von ca. 250,000 Mann repräsentieren. Bis zur Stunde weiß man auf conservativer Seite keinen eigentlichen stichhaltigen Grund für die drängende Hast anzugeben, mit welcher die Vorlage in die Öffentlichkeit gebracht wurde, eine Haste, welche einen Schein von "Überraschung" an sich trage, da bis gestern sogar "einige" preußische Minister den Entwurf nicht in allen seinen Bestimmungen kannten. Damit wäre eben nur bewiesen, daß ein preußischer Minister nicht Alles wissen muß und am wenigsten das, was das altpreußische noli me tangere, die Armee, betrifft. Unter liberalen Abgeordneten hält man dafür, daß die freie Einführung der Vorlage dem Verlangen der Reichsregierung entspricht, sich schon jetzt über die Chancen einer Aufnahme oder Ablehnung des neuen Militärgesetzes seitens der Reichstagsparteien zu unterrichten. Sollte der Reichstag die Billigung verweigern, was mit Hindblau auf die zweitbeste Stellung des Centrums möglich ist, so würde das Parlament aufgelöst und Deutschland vielleicht unter dem Gesichtspunkt diplomatisches Verwicklungen und Kriegsausichten und unter dem Rufe, das Vaterland sei in Gefahr, an die Wahlurne treten. Das Ergebnis dieser Neuwahlen würde der Regierung nur günstig sein müssen. Charakteristisch ist es für die Entwicklung der Militärvorlage im Reichstage, daß die Centrumsmitglieder annehmen, die Reichstagsanzahl würde sie mit den liberalen politischen Concessions so lange hinzuhalten müssen, bis er sich ihrer Bestimmung zum neuen Militärgesetz verpflichtet habe. Aber sie könnten sich vor diese Alternative nicht stellen lassen, weil sie in ihrem Wahlprogramm Erfolge im Staatshaushalt durch Heraufsetzung des Militäretats zugesagt haben. Ihre Wähler seien am wenigsten geeignet, größere Militärausgaben zu tragen, obwohl ihnen vorher schwarz auf weiß das abgeschlossene Concordat mit dem Papst vorliege. Was die liberalen Parteien anbelangt, läßt sich zur Stunde noch nicht feststellen, wie groß die Majorität innerhalb derselben sein wird, welche sich gegen den Gesetz-Entwurf aussprechen dürfte. Man will von dieser Seite vor allen Dingen nicht angeben, daß die Frage des September mit Wehrbedürfnissen für die Armee verknüpft werde."

Man läßt ferner nicht die Gründe gelten, welche für den Ausbruch eines Krieges sei es mit Russland oder Frankreich angeführt werden. Die Vergleichung der staatsmäßigen Herrenstärke zwischen den drei Ländern, wie sie die Motive des Gesetzes enthalten, muß erst, namentlich was Russland betrifft, auf ihren wahren Werth hingepaßt werden, und auch dann, wenn sie sich bestätigen sollte, ist kein Grund vorhanden, den Kriegsausbruch jetzt oder in der nächsten Zukunft als ein unvermeidlich eintretendes Ereignis zu proklamieren. Die Situation gegenüber Russland ähnelt allerdings jener von 1866 gegenüber Österreich. Auch damals haben offizielle Organe hier und im Auslande österreichische Armeen an unsere Grenzen aufmarschiert lassen, die dort nicht erschienen. Man sagte eben, Alte Bismarck wollte den Krieg haben, und er hätte ihn auch. Ob sich dies heute gegenüber Russland wiederholen wird, weiß man nicht im

liberalen Lager, aber man befürchtet, daß diese Umstände benutzt werden, um die Militärvorlage durchzudrücken. Was Frankreich anbelangt, so scheinen die Weichen unserer Liberalen aus dem Standpunkt, daß die Gründe, welche den Fürsten Bismarck seit 1872 zu seiner freundlichen Haltung gegenüber der französischen Republik bestimmten, auch heute noch möglicherweise sind. Nicht sei seitdem an der Seine vorgetragen, was hier zu Beklemmungen über einen Kriegsvertrag Vermischung geben könnte. Nach dem Urtheil militärländiger Personen ist die reorganisierte französische Armee, namentlich was die Verteidigung nicht im Stande, vor Ablauf eines Decenniums mit der unterlegen zu concurrenzen.

Vorläufig entspricht der Konservatismus der Franzosen in allen Fragen der äußeren Politik unseren Wünschen, und die Furcht vor einem Angriff von ihrer Seite sollte nicht den Benevolentia abgeben, mit Maßnahmen vorzugehen, welche, wie die Heranziehung der Erfahrener I. Klasse zu regelmäßigen militärischen Übungen, so tief in das Familienleben einschneiden. So weit der Bericht unseres Correspondenten.

Die "Nationalliberale Correspondenz" schließt eine Betrachtung über die Vorlage wie folgt:

"Die Grundstimmung, aus der die Vorlage hervorgegangen, scheint und mehr als der Voricht für alle möglichen Eventualitäten der Zukunft, als die einer Gefangen vor unmittelbar bevorstehenden Kriegsgefahren zu sein, und wir erblicken darum auch keinen Grund, die augenblickliche Weltlage wegen dieser militärischen Reaktionen in einer düsteren Beleuchtung zu sehen. Der Reichstag wird die Aufgabe haben, die Pflichten des Vorichts gegen außen mit denjenigen der Schönung der Volkstrast im Innern in das richtige Verhältnis zu setzen und gegeneinander abzumägen. Die Freie wird nach einer Seite hin im ersten Augenblick über eine so wichtige Frage abstimmen dürfen. Von Standpunkt der parlamentarischen Dispositionen ist es nicht gewiß erfreut, daß schon der heutige Reichstag mit der aufzwingenden und schwierigen Militärvorlage befaßt wird; die Hoffnungen, mit einer ganz kurzen Session auszukommen, werden dadurch stark verringernt und das Streben, für eine Nachstellung des Landtags Raum zu gewinnen, in demselben Maße erschwert."

Immer klarer tritt es hervor, daß die "Zweiseelentheorie" im preußischen Ministerium durch das Ausscheiden der Minister Hall, Friedenthal und Hobrecht keineswegs hinzüglich geworden ist, sondern, wenn auch nur in abgedämpfter Form, noch heute ihre Geltung beanspruchen darf. Wenn dieses Cabinet conservativ saas phrase ist (und ohne Zweifel ist es es das), so ist seine Farbe doch nur teilweise nach dem Geschmack der Rechten, und diejenige Partei, auf welche sich die Regierung stützen zu können vermeint, zeigt eine Unbehmäßigkeit und Eigennützigkeit, die namentlich den Minister des Innern hart bedrängt. In der Frage der Verwaltungsreform hat derselbe durch den Mund des freiwillig governementalen Organs einen so entschiedenen Appell an die Rechte und an deren Pflicht der Verbüffte gerichtet, daß die Erwartung berechtigt war, seine Partei würde ihre verlaufhafte Zustimmung in eine unabdingbare verwandeln. Dem gegenüber wird es sehr in Berlin bemerkt, daß die "Kreuzzeitung" dieses Anhänger in tiefster und bestimmter Form zurückweist. Indem die Konservativen darauf hindeuten, daß sie an Ausgaben so umfangreicher und schwieriger Art wie die vorliegenden nur mit der Rücksicht herantreten würden, die Arbeit und Kritik verlangen, kommen sie zu der ironischen Vermuthung, daß jener vielbesprochene Artikel wohl nicht aus dem Schosse ihrer Partei hervorgegangen und in deren Sinne gedacht sei, eine Vermuthung, auf welche die "R. A. B." repliziert, sie sehe sich zu einer Widerlegung derselben nicht veranlaßt. Indirekt ist damit zugegeben, daß jener Appell auf den Minister des Innern zurückzuführen sei. Durch die rentante Haltung der Rechten muß eine eventuelle Nachschrift am Wahrscheinlichkeit verlieren, als auch das Centrum sich prinzipiell verneint zu einer solchen stellt. Was die Linke betrifft, so beharrt sie auf dem wiederholt signalisierten Standpunkt. Sie hat in dem bisherigen Verlauf der Commissionssitzungen ihren guten Willen zur Durchführung der Reform bewiesen, und sie wird, wie man uns berichtet, sich dem Gedanken einer Nachschrift zu gänzlich erweihen, insoffern sie auf Seite des Grafen Cullenburg die Meinlichkeit findet, dasjenige was an liberalen Garantien zu akzeptieren, das ihr unerlässlich scheint, und ohne welches die Verlagen für sie unannehmbar sind.

Die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus bei Ablehnung des Schansteuergesetzes werden in der Presse noch immer lebhaft besprochen,

und ziemlich allgemein deducierte man daraus den großen und eine Verhinderung sehr erschwerenden Mangel an Führung der Parteien unter sich sowohl als mit der Regierung. In der That ist es einem schweren tatsächlichen Fehler der conservativen Partei und, soweit die Regierung Einfluss auf deren Haltung hat, auch der Regierung zugeschrieben, wenn das Gesetz vollständig gescheitert ist. Für einen wesentlichen Theil derselben wenigstens, die Besteuerung des Brannweinschanks, wäre, wie man uns berichtet, eine Majorität zu finden gewesen und die Konservativen hätten, wenn sie überhaupt noch etwas aus dem Gesetz entwirken wollten, nach Abwicklung der Regierungsvorlage für die Kommissionsvorlage stimmen müssen. Nachdem aber einmal der principiell Paragraph des Gesetzentwurfs in den beiden Hauptmöglichen Fassungen verworfen worden, war es ein zweiter fataler Fehler, auf das formale Recht der Weiterberatung sich zu stießen und damit die unvermeidliche Niederlage von Paragraph zu Paragraph sich wiederholen zu lassen. Daraus können officielle und conservative Darstellungen nichts ändern.

Zum Stande der Verhandlungen der konservativen Abgeordneten mit der Krone Preußen wird und wie folgt, geschrieben:

Kassel, 24. Januar. Es darf nunmehr als feststehend angegeben werden, daß der beabsichtigte

Bereich mit den konservativen Abgeordneten abermals scheitert wird,

wenn es nicht gelingt, den Prinzen Wilhelm

noch in leichter Stunde zum Beitritt zu bewegen,

und daß in dieser Richtung ohne total abgeänderte Vertragssituationen keinerlei Aussichten verbanden

sind, haben wir bereits betont. Wie und nun

heute mitgeholt wird, steht es die preußische Re

gierung zu vermeiden, die dermaligen Verhandlungen

ganz resolutioß verlaufen zu lassen; dieselbe wird

wiehl mehr mit einem Auswege einverstand sein,

und zwar mit besonderer Rücksicht auf die gegen

wartige Notlage, in der sich die landgräfliche

Familie zu Potsdam (bei Bück) befindet. Dieser

Ausweg soll darin bestehen, daß den drei Abgeordneten

aus der preußischen Staatscasse die proponierte

Abschöpfungsumme für 8 Jahre im Vorans bezahlt

wird, daß die Empfänger indessen dem Rücks

atz für den Fall des ungünstigen Ausgangs des schwe

benden Prozesses ihre fiduciammatisch feststehende

Spanne an dem Vermögen bis zur Höhe des

Capitals nebst Zinsen verhindern. Es würde sich

ein solcher Beitrag offenbar als ein Lombardge

schäft darstellen, und es ist nur fraglich, ob der

Landtag hierzu die Concessien erteilen wird.

Höchst müheloses Unternehmen von einstweilen noch sehr zweifelhaftem Erfolge heraus. Das eigentlich treibende Element ist die republikanische Linke; aber selbst die ihr der Gesinnung nach am verwandtesten daschende republikanische Union kann sich nicht recht mit dem Projekte befrieden. Noch weniger sympathisch verhält sich das linke Centrum zu dem Majorität der Linken. Es vermag eben nicht seine Eliminierung aus den Regierungskreisen im Hand umdringen zu verschmerzen und setzt kein übermäßiges Vertrauen in die Solidität der neuen Formation, falls diese wirklich zu Stande kommen sollte.

Die mehr freunde Elemente die republikanische Linke in sich aufnimmt, desto unsicher wird ihre homogenität - meint das "Journal des Débats". Es wird schwer halten, daß im Schoße der Partei harmonische Vereinigung Platz kreist, und der wahnsame Einfluß wird drausen bleiben. Das Ministerium wird bei seinem Debut das Kleingedäck einer Majorität bejubeln, aber es wird seiner Zukunft erst dann sicher sein, wenn es dieses Kleingedäck in einem reellen politischen Wert umsetzen kann."

Die Ernennung Deprez', des bisherigen Directors der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt, zum Botschafter in Rom an Stelle des Marquid de Gabriel ist von dem Präsidenten unterzeichnet worden. Bezeichn der sonstigen Ernennungen und Veränderungen im Ressort des Auswärtigen Amts stehen die definitiven Entscheidungen Frenciel's und Greys noch aus.

Der Stolz Englands, und vorzugswise der Konservativen, ist die Flotte. Ungehörige Summen sind seit einigen Jahren für den Aufbau und die Herstellung neuer Schiffe bewilligt und verausgabt worden, und das englische Publicum möglicht sich in dem Glanzen, daß die Kriegsflotte nie triegedreicer und trefflicher gewesen sei, als jetzt. Entweder diese Ansicht mit den Thatachen im Einklang stand oder steht, muß - wie die "A. B." aus London meldet - noch als eine offene Frage betrachtet werden; Zweifel an der Richtigkeit derselben seien jedoch angesichts der Alarmberichte, die seit einiger Zeit in dem Hochblatte "Army and Navy Gazette" erscheinen, nicht ganz unerklärliech. Nach einer eingehenden Besprechung gelangt das genannte Blatt zu dem Schluß, "daß die kleinen von Frankreich, Russland, der Türkei, Deutschland und Italien die englischen veralteten Schiffe mit Leichtigkeit von der See wegjagen könnten". Auch andere Blätter wie "Saturday Review" und "Pall Mall Gazette" widmen dem Gegenstande eingehende Betrachtungen, und launten deren Schlüssefolgerungen nicht viel trostlicher.

Musik.

Neues Theater.

Leipzig, 24. Januar. Die gestern stattgehabte Aufführung der "Zauberflöte", welche als die vierte Repetition des Mozart-Elysius den Beifall des Publicums errang, ist zwar nicht mit der Wiedergabe der Oper "Così fan tutte" in gleichem Rang zu stellen; sie erwies sich aber doch trotz kleiner Störungen in der Anwendung der Maschinerie als eine wohlvorbereitete und ansprechende, mit welcher der Sachkenner ebenso wie der Publikum größte Begeisterung zu streden sein konnte. Man soll ja nicht glauben, daß zu Mozart's Seiten nur Gefangene ersten Ranges die Interpretation der Zauberflöte übernommen hätten. Ebenso wie jetzt gab es auch mittlere Kräfte, deren Leistungsfähigkeit der Tonmeister berücksichtigen mußte. Schilander selbst, welcher im dringenden Geldverlegenheit Mozart zur Composition veranlaßte, um sich selbst vor dem Untergange zu retten, hatte eine sehr unbekannte Bassstimme ohne eigentliche Ausbildung", war aber nicht unmusikalisch und verstand seine Lieder drastisch vorzutragen. Da er sehr wohl wußte, womit er als Vertreter der Papagenopartie Effect mache, bestand er auf volksmäßig einfache Melodien und Mozart war gefällig genug, so lange umzuschreiben, bis Schilander zufriedengestellt war. Durch sein unerlässliches Produktionsermögen dazu befähigt hat der unerlässliche Meister in der Zauberflöte eine Musierkarte entrollt, auf welcher sich alle Formen der Vocalmusik verzeichnet finden. Das Chor und Solo-Ensemble das heroische Recitativ, die großearie, die Ariette, das Volkslied, die Komödie und die Tragik in wechselnden Stimmungen vereinen sich hier zu einem Gesamtwerke, dessen Inhalt weder ein musikalisches Vorbild noch eine nur einigermaßen geplante Nachahmung hat. Eine erste Volksoper in populärster Fassung enthielt sie noch eine solche Menge ungemein lustvoller Nummern, daß jeder bewundernd vor dem Genie